

Polen (Seiten 159 – 173)

06) Prof. Krysiak: Wir befinden uns im Krieg, und dieser kann verschiedene Formen der Aggression annehmen

10. 10. 2021



Prof. Zbigniew Krysiak *Bildquelle: wPolityce.pl / Youtube Screenshot*

Prof. Zbigniew Krysiak, Wirtschaftswissenschaftler und Präsident des Schuman-Instituts des Denkens, in einem Gespräch mit Anna Wiejak vom Portal wPolityce.pl

wPolityce.pl: Wie beurteilen Sie die Reaktion der Europäischen Kommission auf das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, das den Vorrang der polnischen Verfassung vor dem EU-Recht feststellt? Die EG erklärte, dass sie „nicht zögern wird, von ihren Befugnissen gemäß den Verträgen Gebrauch zu machen, um die einheitliche Anwendung und Integrität des Unionsrechts zu schützen“. Und Kommissar Reynders kündigte an, dass „die EG alle verfügbaren Instrumente nutzen wird, um die europäische Rechtsstaatlichkeit zu schützen“. Ist das nationale Konjunkturprogramm in dieser Situation nicht gefährdet?

Prof. Zbigniew Krysiak: Wir wissen nicht erst seit heute, dass die Verabschiedung eines Superstaates eine Zerstörung der nationalen Souveränität ist, die Uniformität schafft und die Reaktionen verschiedener Leute aus Brüssel oder der Befürworter des Superstaates sind leider keine substanziellen Reaktionen. Anstatt eine substanzielle Diskussion über die Praxis und die Theorie des Rechts zu führen, gibt es Stimmen, die das Niveau eines substanziellen Dialogs, die Achtung unserer Nation und der Demokratie missachten, wie Jarosław Kaczyński gestern zu Recht sagte: Wenn eine Nation ihre eigenen Autoritäten wählt und eine Verfassung hat, kann diese Verfassung nicht verletzt werden – weder von anderen Nationen noch von irgendjemand anderem -, weil sie die Verfassung des Volkes ist. Solche Angriffe und Versuche, unsere Verfassung so zu behandeln, als ob sie

irgendjemandem in Brüssel oder superstaatlichen Ideologen unterworfen wäre, sind einfach ein Angriff auf die Demokratie und richten sich gegen das Volk. Die Frage ist: Wem dient ein solches System?

Ich habe schon oft gesagt, dass [Altiero Spinellis](#) Superstaatsideologie leider tausendmal schlimmer ist als der sowjetische Kommunismus, weil das Individuum und die Menschen Spielfiguren in diesem System waren. Das kommt einem totalitären System gleich.

Es sollte auch betont werden, dass in diesen Äußerungen nicht nur einiger EU-Beamter oder -Kommissare – glücklicherweise sind es nicht viele – eine durchschlagende Unzufriedenheit unter anderem mit dem Ziel besteht, dass zum Beispiel ideologische Fragen im Zusammenhang mit der Akzeptanz so genannter homosexueller Ehen in Polen akzeptiert werden. Sie wollen uns das aufzwingen.

Sie wissen, dass dieses ideologische System, bei dem es nicht nur um die Zerstörung der Familie geht, sondern auch um die Zerstörung des Patriotismus, denn ohne die Familie gibt es keine nationale Gemeinschaft, keine Gesellschaft, keine politische Gemeinschaft und keinen Staat. Es bedeutet, dass wir in die Rolle von Konsumenten und Arbeitern gedrängt werden. Wir können hier nicht für dreißig Silberlinge, die wir von der EU bekommen, nachgeben, und das ist keine Gnade, sondern Geld, das schon um die Hälfte zu wenig ist, für den Zugang zu unserem Markt, für die Möglichkeit, dass u.a. Deutschland oder Holland Gewinne erzielen.

Hier sehen wir einen Frontalangriff, Aggression. Wir sollten keine Angst haben, dass sie unsere Mittel aus dem so genannten Wiederaufbauplan abziehen. Dies ist wichtig, aber noch wichtiger ist es, die Zerstörung der Einheit, der Einheit der Nation und der Stärke des Polentums im Allgemeinen sowie der Innovation und des Unternehmertums zu verhindern. Wir entwickeln uns derzeit wirtschaftlich sehr gut und gehören zur Weltspitze. Die Investitionen in Polen gingen während der Pandemie nur um 7 % zurück, während sie in der Welt um 35 % zurückgingen. Der Zufluss von Investitionen nach Polen ist für globale Investoren gleich nach den Vereinigten Staaten und Spanien eine Priorität. In dieser Hinsicht sind wir sogar dem Vereinigten Königreich und den Deutschen voraus. Deshalb sollte man keine Angst haben, wenn sie versuchen, in diese Richtung zu gehen. Es ist immer noch nicht legitim, es ist Erpressung. Sie haben kein Recht, diese Maßnahmen abzuschaffen.

Außerdem sind diese Maßnahmen nicht kostenlos. Nominell ist das nicht viel Geld, wenn man zum Beispiel die Mittel bedenkt, die unsere Regierung zur Rettung der Wirtschaft nach der Pandemie oder für das Programm 500 plus ausgegeben hat. Die rückzahlbare Hälfte sind Kredite, die wir einfach zurückzahlen müssen – wir müssen Zinsen zahlen. Die nicht erstattungsfähige Hälfte ist ebenfalls erstattungsfähig, was bedeutet, dass wir sie auch zurückzahlen müssen – als Teil der Einnahmen aus Zöllen, die wir auf Einfuhren mit Drittländern außerhalb der EU erheben, zahlen wir etwa 80 % an den EU-Haushalt. Das sind gewaltige Ressourcen. Die so genannte Digitalsteuer, die bald in der gesamten Union eingeführt wird, wird einen großen Teil der Einnahmen für den EU-Haushalt ausmachen. Schließlich lagen die unterzeichneten Dokumente über die so genannten eigenen Einnahmen des EU-Haushalts bereits vor, als die Mittel des Wiederaufbauplans beschlossen wurden. Diese Mittel wären nicht aufgetaucht, wenn es nicht einen Beschluss gegeben hätte, einen Beschluss zur Bildung dieser Rückzahlungsfonds, der sogenannten Eigenmittel.

Ein weiteres Element dieses Einkommens werden Fragen des so genannten Kohlenstoff-Fußabdrucks sein, der sich auf verschiedene importierte Produkte bezieht, sowie

verschiedene Fragen im Zusammenhang mit CO₂. Dieses CO₂ ist derzeit sehr teuer, was der europäischen Wirtschaft schadet, weil die Energiekosten steigen. All dies ist das Ergebnis des Handelns katastrophaler Führungskräfte wie Ursula von der Leyen, die, wie es heißt – und ich zitiere Äußerungen in den Medien -, die Qualität der Bundeswehr zerstört hat, die unter ihrer Führung schlecht funktionierte, oder Frans Timmermans, der mit einem verrückten „Fit for 55“-Programm auftritt. Und dies sind die Faktoren, die die Kosten in den Volkswirtschaften der EU in die Höhe treiben.

Die von mir genannten Faktoren zielen darauf ab, eigene Einnahmen der EU zu schaffen, die auch Polen einschließen werden. Mit anderen Worten: Niemand wird uns Geld umsonst geben, und all dieses Geld muss zurückbezahlt werden.

Man kann sich also fragen, ob, wenn das Arrangement der Weltinvestoren so gestaltet ist, dass es einen sehr starken Zufluss von Investitionen für Polen geben wird, dieser Zufluss von Investitionen viel größer ausfallen kann als diese Mittel, die aus dem EU-Haushalt kommen. Gleichzeitig können wir auch verschiedene Kredite aufnehmen, die zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten verwendet werden sollen.

Seit drei Jahren haben wir einen Überschuss der Exporte gegenüber den Importen – zum ersten Mal seit dem Beitritt Polens zur EU. Im letzten Jahr betrug der Überschuss 40 Milliarden, in diesem Jahr könnte er sogar 80 Milliarden betragen, was bedeutet, dass die Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz der polnischen Wirtschaft hervorragend ist. Hinzuzufügen ist, dass sich Polen bereits von der Pandemie erholt hat, was die Verluste beim BIP angeht. Im Gegensatz dazu benötigen andere Länder wie Deutschland, Frankreich und die Niederlande noch mehrere Jahre, um sich zu erholen.

Es besteht keine Gefahr in Bezug auf den so genannten EU-Haushalt, in den wir einzahlen und dann erhalten. Wir sprechen hier über das Konjunkturprogramm. Das Bestreben, die deutsche Hegemonie in der EU aufrechtzuerhalten, trägt wesentlich zu diesem Verhalten bei, denn es scheint, dass die Deutschen zunehmend Angst vor der Stärke der polnischen Wirtschaft haben. Sie fürchten sich auch vor der Stärke der Integration der Wirtschaft der Dreistadt, weil dies ihre starke Position schwächen wird. Gleichzeitig muss man sagen, dass das Denken der Deutschen unvernünftig ist.

Geht es darum, die deutsche Wirtschaft von der polnischen Wirtschaft abhängig zu machen?

Ja. Einerseits wollen die Deutschen die polnische Wirtschaft von sich abhängig machen, aber gleichzeitig ist es eine Tatsache, dass ein so großer polnischer Export nach Deutschland es für die Deutschen sehr wichtig macht, dass die polnische Wirtschaft nicht zu stark ist, aber gleichzeitig auch gut funktioniert, denn dann wäre die Gefahr einer Exportstörung nach Deutschland ein gewisses Problem für das Funktionieren der deutschen Wirtschaft.

Die Deutschen wollen die polnische Wirtschaft von externem Kapital abhängig machen, und das ist ein ernsthaftes Problem für unsere Wirtschaft, aber auch für die Länder der Tri-City. Die westliche EU ist von ihrem externen Kapital, von ihren Investitionen abhängig geworden und handelt so, dass wenig inländisches Kapital geschaffen wird. Das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes führt zu einer Asymmetrie im Wachstum der Finanzanlagen (Einlagen, Aktien, Anleihen, Fonds) pro Kopf. Unser Kapital wächst bis zu achtmal weniger als in anderen westlichen Ländern, insbesondere im Vergleich zu Deutschland, Frankreich

und den Niederlanden – das zeigen die harten Daten von Eurostat. Diese Diskrepanz ist drastisch und nimmt weiter zu. Es ist klar, dass der Gemeinsame Markt nicht darauf abzielt, das wirtschaftliche Potenzial zu nivellieren.

Dabei geht es nicht nur um die Reaktion auf das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts oder die von der Professorin erwähnten wirtschaftlichen Ungleichheiten, sondern um das Handeln der EU als Ganzes. Ich habe den Eindruck, dass die EU-Institutionen die Grundsätze des Ventotene-Manifests von Altiero Spinelli aus dem Jahr 1941 umgesetzt haben. Inwieweit ist diese neokommunistische Internationale in der EU stark, und inwieweit sind wir tatsächlich von der in diesem Dokument enthaltenen Schreckensvision bedroht?

Sie ist stark. Die Umsetzung des Manifests, d.h. dieser neokommunistischen Ideologie, ist tausendmal gefährlicher, denn im Sowjetkommunismus hat der Kommunismus trotz der Ausweitung von Kontrolle und Unterwerfung die Staatlichkeit als solche noch nicht zerstört. Der Sejm wurde kontrolliert, aber er wurde kontrolliert. Institutionen wurden nicht entfernt, Fahnen wurden nicht entfernt. Hier könnten viele Dinge genannt werden. Spinellis Ziel war jedoch die Abschaffung von Institutionen wie dem Sejm, dem Obersten Gerichtshof, dem Verfassungstribunal...

Die Verfassung selbst...

Und die Verfassung selbst. Ganz genau. Was auch immer für eine Verfassung wir während der Volksrepublik Polen hatten, oder irgendwelche Scheininstitutionen unseres Staates, sie waren da. Und hier zeige ich ganz bewusst, worin der wesentliche Unterschied besteht. Für alle, die sich mit einer Tasse Kaffee hinsetzen und darüber nachdenken wollen, ist dies sozusagen eine Art Bild eines sowjetischen Gulags, dem wir in Zukunft ausgesetzt sein werden. Es gäbe Arbeit, wir würden konsumieren, aber der Prozess würde in Richtung Verlust von Eigentum gehen...

Wie auch immer, in der EU wird das derzeit mit dem Green Deal praktiziert. Das alles ist nur ein Teil des Puzzles.

Ja, genau. Das sind oft unbemerkte Mechanismen, und wenn wir darüber sprechen, sind manche Leute überrascht, dass das möglich ist. Diese Mechanismen zielen in erster Linie darauf ab, uns unseres Eigentums zu berauben – wenn wir beispielsweise des Eigentums an unserer eigenen Verfassung oder an anderen Institutionen, die der Regulierung unseres Staates dienen, beraubt werden, dann geht dieser Angriff von Spinellis Ideologie auch ein Stück weit dahin, uns unseres wirtschaftlichen Eigentums zu berauben. Diese Erpressung mit EU-Geldern ist ein Beispiel dafür, wie der Versuch der Unterwerfung ablaufen wird. Mit anderen Worten: Wo es kein staatliches oder institutionelles Eigentum und damit auch kein wirtschaftliches Eigentum gibt, sind die Menschen völlig rechtlos. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, in welche Richtung die Entwicklung geht.

Es muss betont werden, dass die Macht der Ideologen von Spinelli in den 1980er Jahren begann, sich zu manifestieren. Sie bedient sich der Waffen des Kapitals. Im Kommunismus gab es eine Allianz der Machtkontrolle in Verbindung mit Gewalt. Natürlich ging es dabei auch um die Beseitigung von Eigentum, aber dennoch wurde dieses Eigentum nicht vollständig beseitigt. Spinellis Ideologie hingegen hat zwei Elemente: die Gewalt des Kapitals oder die Solidarität der Finanzoligarchien, deren Reichtum wächst, während andere verarmen. Die Verteilung der Gewinne in der Welt ist dramatisch: 90 % der Gewinne gehen an 5 % der Bevölkerung. Gleichzeitig macht sie verschiedene Aktivisten, auch in verschiedenen Brüsseler Strukturen, abhängig. Die Pandora-Papiere sind ein Beispiel für dieses Konzept.

Schließlich muss noch hinzugefügt werden, was Spinelli ebenfalls aufgenommen hat und was die Deutschen umsetzen wollen. Spinelli wollte eine europäische Armee und eine europäische Polizei schaffen, aber nicht, um die Grenzen zu verteidigen, denn wie wir sehen, werden die Grenzen in Europa nicht verteidigt – Deutschland gibt dafür im Verhältnis zum BIP weit weniger aus als Polen -, sondern das Ziel von Spinellis europäischer Armee und Polizei – und das wollen die Deutschen – ist die Wiederherstellung der Ordnung, wenn es Unruhen gibt. Wenn sie also unsere Institutionen zerstören und einen Krieg gegen uns beginnen wollen – nach Ansicht der Experten ist ein Krieg bereits eine Aggression gegen ein Land, das darauf ausgerichtet ist, beispielsweise die Demokratie und die Institutionen zu zerstören, und dabei kapitalistische Gewalt anwendet – und es Proteste und Widerspruch gibt, dann wollte Spinelli diese europäische Armee schicken, um diese Unruhen niederzuschlagen. Leider sprechen die Deutschen darüber, obwohl das Thema noch nicht in den Vordergrund gerückt ist. Unsere Regierung und andere Länder sind dagegen.

Wir können also feststellen, dass wir uns de facto im Krieg befinden, und dass der Krieg verschiedene Formen der Aggression annehmen kann.

Hätten wir also de facto eine europäische Armee in einer Situation, in der der polnische Verfassungsgerichtshof entscheidet, so wie er entscheidet, dann würden wir sie im Nacken haben?

So kann man es vereinfacht ausdrücken. Heute ist man der Ansicht, dass Brüssel und diese Kreise – sie sind nicht die Mehrheit aus der Sicht der Vertretung der Meinung der Bürger Europas, sie sind die Mehrheit aus der Sicht der Parteikreise – aber faktisch würde genau das passieren.

Wir hätten eine Situation, in der die Brüsseler Regierung – die sich bereits gegen eine solche Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts wehrt – sagt, dass wir etwas Unrechtmäßiges tun, und deshalb sagen, dass es gegen die Verträge verstößt, weil unsere Verfassung unter ihnen steht, und deshalb haben sie die Macht, die Ordnungskräfte zu schicken, wenn es zu einer Situation kommt, in der nicht die Anhänger Brüssels, sondern die Gegner Brüssels auf die Straße gehen. Dann hätten wir die europäische Armee oder Polizei auf den Straßen, um diese Unruhen zu unterdrücken. Gleichzeitig würden sie die Aggression verschärfen, denn wenn man sich vorstellt, dass die Deutschen in diesen europäischen Armeeuniformen auftreten, kann man sich vorstellen, was passieren könnte.

Wir leben in einer Realität, in der wir in Alarmbereitschaft versetzt werden. Ein Jahr vor seinem Tod warnte Robert Schuman, dass sie uns in Sicherheit wiegen wollen, dass sie den Eindruck von Reichtum, von wirtschaftlicher Entwicklung, von einem super funktionierenden System erwecken wollen, während es in Wirklichkeit – so Schuman weiter – ihr Ziel ist, unseren Patriotismus, die Seele unserer Nation, unsere Freiheit zu töten, und dem müssen wir uns bis zum Ende widersetzen, was immer es uns auch kosten mag. Wir sollten uns auch aus Verantwortung für unsere Kinder dagegen wehren, denen wir den Weg zu einem normalen Leben nicht versperren wollen.

Quelle: wPolityce.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Polen: 7. Oktober – Fest der Muttergottes vom Rosenkranz

07. 10. 2021



Chodkiewicz bei Chocim, *Gemälde von Józef Brandt*

Die Victoria von Chocim und der Rosenkranz

Während der entscheidenden Seeschlacht der vereinigten christlichen Flotten gegen die muslimische Armada bei Lepanto im Jahr 1571 ordnete der Papst eine große Rosenkranzprozession in Rom an, um den Sieg zu feiern. Das Bildnis der Muttergottes vom Schnee wurde darin getragen. Der Sieg der Heiligen Liga wurde auf die Fürsprache der Jungfrau Maria zurückgeführt. Zum Gedenken daran erklärte Pius V. den 7. Oktober zum Fest Unserer Lieben Frau vom Rosenkranz, und das Bild Unserer Lieben Frau vom Schnee erhielt den Titel „Salus Populi Romani – Rettung des römischen Volkes“. Dieses Bild ist seither zu einem der am meisten verehrten Marienbilder in Europa geworden. Der Triumph der Christen über den Islam im 16. Jahrhundert ist mit einem ähnlichen Ereignis in der Geschichte Polens verbunden – der Schlacht von Chocim (1621), die als „polnisches Lepanto“ bekannt ist.

Die antike Ikone der Jungfrau Maria vom Schnee in Rom

Die Geschichte dieser antiken Ikone ist mit der Errichtung der Basilika Santa Maria Maggiore verbunden. In der Nacht des 3. August 352 erschien die Jungfrau Maria dem Papst Liberius und dem Patrizier Johannes im Traum und befahl, den Tempel an einem Ort zu errichten, an dem sie frischen Schnee finden würden. Am nächsten Morgen war eine der Pisten mit Schnee bedeckt. Auf Wunsch der Muttergottes wurde dort eine Kirche gebaut und ein Bildnis der Schneekönigin, die heute auch als Siegesgöttin oder Rosenkranzgöttin bekannt ist, darin aufgestellt.

Nach der Schlacht von Lepanto wuchs der Ruhm des Bildes noch mehr. Schon bald wurde es in vielen römischen Ateliers kopiert. Eine der Kopien wurde in der Kirche der Dominikanerpatres in Krakau aufgestellt. Sie wurde um 1588 von Kardinal Bernard Maciejowski aus Rom mitgebracht. Die Legende besagt, dass es sich um dasselbe

Gemälde handelt, vor dem der heilige Stanislaus Kostka im römischen Jesuitenkolleg gebetet hat. In Polen entwickelte sich der Kult um das Gemälde sehr schnell. Im Jahr 1600, als Krakau von der Pest heimgesucht wurde, ordnete der damalige Bischof eine Prozession mit dem Gemälde durch die Straßen der Stadt an. Die Seuche hat aufgehört. Im Jahr 1601 wurde das Gemälde offiziell „Rosenkranz“ genannt und der Rosenkranzbruderschaft übergeben. Im selben Jahr fand die zweite Prozession mit dem Gemälde statt: Es war auch die erste Rosenkranzprozession. Von da an fanden die Prozessionen jedes Jahr statt, auch in Zeiten nationaler Not.

Als 1621 ein etwa 400.000 Mann starkes türkisches Heer unter Osman II. die Grenzen Polens überschritt, schlug Hetman Jan Karol Chodkiewicz am 2. September mit 60.000 Mann ein Lager bei Chocim am Dnjestr auf. Die erste Schlacht mit dem türkischen Heer brachte den Polen zwar den Sieg, doch der unerwartete Tod (am 24. September 1621) des geliebten Befehlshabers der polnischen Armee – des inzwischen betagten Hetman Chodkiewicz – schwächte die Kraft der Ritter so sehr, dass eine Niederlage unvermeidlich schien. In der Zwischenzeit verschoben die Türken aus ungeklärten Gründen die Entscheidungsschlacht, bis sie selbst einen Friedensvorschlag machten. Darüber hinaus endeten die Friedensverhandlungen mit der Unterzeichnung eines für Polen günstigen Vertrags. Historiker sehen den Grund für diese Entwicklung in den Ereignissen in Krakau zu dieser Zeit. Als er vom Tod des Hetmans erfuhr, ordnete Bischof Marcin Szyszkowski eine feierliche Bittprozession in Krakau an, bei der das Bild der Rosenkranzmadonna aus der Dominikanerkirche durch die Straßen der Stadt getragen wurde. Es folgten Scharen von Menschen mit Rosenkränzen in den Händen. Alle Häuser waren menschenleer, denn alle eilten herbei, um mit Gott um den Sieg über die Ungläubigen zu beten.

Die Offenbarungen der Jungfrau Maria an Primas Wawrzyniec Gembicki und Stanislaw Lubomirski (in einem Traum) wurden weithin bekannt, und ihr Zusammentreffen mit den Ereignissen in Chocim wurde als Beweis dafür angesehen, dass die Gebete erhört worden waren. Der Glaube an das wundertätige Eingreifen der Mutter Gottes in Chocim wurde durch eine kursierende Geschichte über eine prophetische Vision von Pater Mikołaj Oborski im Kloster der Jesuitenpatres in Kalisz verstärkt. Während er am 10. Oktober 1621 vor dem Allerheiligsten betete, sah er plötzlich die polnischen Schützengräben bei Chocim und doppelt so viele türkische Truppen, und über ihnen, auf den Wolken in einem strahlenden Wagen, die Heilige Jungfrau Maria mit dem Jesuskind und dem heiligen Stanislaus Kostka, der vor ihr kniete und mit einer flehenden Geste auf das polnische Lager zeigte. Jesus streckte seine Hände nach dem knienden Mann aus, als wolle er ihn aufrichten. Als sich die Nachricht von der endgültigen Zurückschlagung der türkischen Armee verbreitete, wurde sie mit Oborskis Traum in Verbindung gebracht. Zum Gedenken an den Sieg zog jedes Jahr am Tag des Triumphs von Chocim eine Rosenkranzprozession durch die Straßen von Krakau.

Die Verehrung der Jungfrau Maria des Rosenkranzes aus der Kirche der Dominikanerpatres in Krakau ist auch heute noch sehr lebendig, hat aber einen eher privaten und verborgenen Charakter. Vor dem Gnadenbild wird immer gebetet, und jeden Tag wird eine Totenmesse für die Seelen der verstorbenen Mitglieder der Rosenkranzbruderschaft gefeiert. Die Rosenkranzprozession findet immer noch statt, aber nicht mehr durch die Straßen der Stadt, sondern im Inneren der Kirche zu ihren fünf Kapellen.

Quelle: Niedziela.pl

Krakau feiert den 400. Jahrestag des Sieges von Chocim

Historische Konferenz mit dem Titel „Fidei Defensor“, Appell der Gefallenen und Heilige Messe – so wird der 400. Jahrestag des Sieges von Chocim 1621 in Krakau begangen. Die Veranstaltungen sind für den 9. und 10. Oktober 2021 geplant.

Anlässlich des 400. Jahrestages der siegreichen polnisch-türkischen Schlacht von Chocim findet am Samstag, den 9. Oktober 2021, in der Aula der Päpstlichen Universität Johannes Paul II. in Krakau in der Bernardyńska-Straße 3 eine historische Konferenz mit dem Titel „Fidei Defensor“ statt.

Am Sonntag wird um 9.30 Uhr am Grab der Familie Chodkiewicz auf dem Rakowicki-Friedhof in Krakau der Totenappell abgehalten, und um 12 Uhr wird in der Wawel-Kathedrale eine Messe gefeiert.

Quelle: PCh24.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) „Nein zum Genderwahn“: Polen legt Veto gegen „EU-Kinderrechte“ ein

Von Álvaro Peñas

07. 10. 2021



Zbigniew Ziobro · Bildquelle: El Correo de España

Polen hat beschlossen, sein Veto gegen die „Schlussfolgerungen zu einer EU-Kinderrechtsstrategie“ einzulegen, die heute und morgen in Budapest im EU-Rat „Justiz und Inneres“ erörtert werden, wo der polnische Staat durch seinen Justizminister Zbigniew Ziobro vertreten ist.

Der Grund für das Veto, so argumentiert das polnische Justizministerium, ist, dass das EU-Dokument – entgegen seinem Titel – das Recht des Kindes untergräbt, in einer Familie von einem Vater und einer Mutter aufgezogen zu werden. Anstatt das Wohl des Kindes zu fördern, ist diese Kinderrechtsstrategie nur ein weiteres Instrument der EU-Politik zur Förderung der LGBT-Bewegung und der Gender-Ideologie. Die Annahme dieser Schlussfolgerungen würde dazu führen, dass die rechtliche Anerkennung von schwulen und lesbischen „Ehen“ in den Mitgliedstaaten und die Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare erzwungen würde.

Diese EU-Initiative hat nichts mit den Rechten der Kinder zu tun. Es handelt sich um die Umsetzung eines Plans, der am 16. September 2020 von der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen angekündigt wurde, eine Strategie zur Stärkung der Rechte von LGBTQI-Personen. „In diesem Zusammenhang werde ich mich auch für die gegenseitige Anerkennung von Familienbeziehungen in der EU einsetzen. Wenn man in einem Land Eltern ist, ist man in jedem Land Eltern“, sagte sie. Ein weiteres Element dieser Strategie ist die EU-weite Anerkennung der Kinder von gleichgeschlechtlichen Paaren. Dies wurde Tage später von der EU-Gleichstellungskommissarin Helena Dalli bestätigt, als sie auf eine Frage zu den Plänen der Europäischen Kommission für die Anerkennung von Familienrechten für LGBT+-Personen antwortete: „Wenn man in einem Land eine Familie gründet, ist das auch in einem anderen Land eine Familie“.

Diese Annahmen sind jedoch unvereinbar mit der polnischen Verfassung, in der eindeutig festgelegt ist, dass die Ehe eine Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau ist. Das polnische Recht erlaubt auch nicht die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare, und die „EU-weite Anerkennung von Kindern gleichgeschlechtlicher Paare“ würde genau das Bestreben bedeuten, solche Adoptionen in allen EU-Ländern zu legalisieren. Gegen den Widerstand einiger Mitgliedstaaten versucht die Europäische Kommission, dies unter dem Deckmantel einer „Strategie für die Rechte des Kindes“ durchzudrücken. Das Veto von Zbigniew Ziobro, das das vierte polnische Veto im EU-Forum sein wird, bedeutet, dass die Täuschung gescheitert ist, auch wenn es zweifellos eine neue Desinformations- und Verurteilungskampagne gegen Polen auslösen wird.

Der stellvertretende Justizminister Marcin Romanowski hat den Standpunkt Polens unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. „Diese Gender-Strategie der Europäischen Kommission und die vorgeschlagenen Schlussfolgerungen stehen im Widerspruch zu unserer nationalen Identität. Unter dem Vorwand, die Rechte der Kinder zu schützen, will die EU Polen und andere Mitgliedstaaten zwingen, LGBT-„Ehen“ und Homo-Adoptionen anzuerkennen. Wir werden dies nicht zulassen.“

„Es gibt in der Europäischen Union keinen Konsens über die Vision von Familie und Ehe. Einmal mehr ignoriert die EU die Grenzen ihrer im Vertrag festgelegten Zuständigkeit. Familie und Ehe sind sehr sensible Themen, die gemäß den EU-Verträgen und der Charta der Grundrechte in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen. Das polnische Veto kann als ein Mechanismus zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union angesehen werden“.

„In ihrer ‚Sorge‘ um die Rechte der Kinder will Kommissarin Ursula von der Leyen die so genannte neomarxistische ‚neutrale Sprache‘ in allen europäischen Schulen einführen. Um die polnischen Kinder wirklich zu schützen, sagt das Justizministerium „Nein“ zu diesem Wahnsinn. Unser Bildungswesen und unser Familienrecht werden frei von dieser giftigen Ideologie bleiben“.

„Die Strategie der Europäischen Kommission ist weit von der Realität entfernt. In Polen ist die Mutter eine Frau und der Vater ist ein Mann. Wenn jemand meint, er könne die natürliche Ordnung ändern, indem er die Grundbegriffe rekonstruiert, dann ist das sein Problem. Polen wird niemals zulassen, dass Brüssel unserem Rechtssystem eine ideologische Revolution auferlegt“.

„Das Veto ist die einzige Lösung angesichts des völligen Schweigens zu den von Polen vorgebrachten Bemerkungen. Wir haben argumentiert, dass die Strategie in den Bereich der Zuständigkeiten eingreift, die nur den nationalen Behörden vorbehalten sind. Darüber hinaus haben wir den ideologischen Charakter des Dokuments hervorgehoben, der sich in der verwendeten Sprache widerspiegelt. Wie erwartet, hat sich die Kommission nicht um unsere Zweifel gekümmert“.



Alvaro Peñas

Als leidenschaftlicher Geschichtsinteressierter und unermüdlicher Reisender kennt er die Länder des Ostens, die er häufig bereist, und deren politische Situation dank seiner Freundschaften mit Journalisten und Politikern der patriotischen Parteien in vielen dieser Länder er sehr gut kennt.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Immer mehr Ausländer arbeiten in Polen

03. 10. 2021



Bildquelle: Pixabay

Laut dem polnischen Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik wuchs im Sommer die Zahl der gewährten Arbeitserlaubnisse für Ausländer.

Im Juli und August 2021 wuchs die Zahl der gewährten Arbeitserlaubnisse um 42% im Vergleich mit demselben Zeitraum des Jahres 2020 und betrug ganze 83,2 Tsd. Im Vergleich mit den zwei Sommermonaten in 2019 bedeutet dies ein Wachstum um 17%.

„Die Pandemie verursachte einen Riss auf dem Arbeitsmarkt. Letztes Jahr haben Ausländer ihre Reisen nach Polen begrenzt. Zusätzlich haben sie das Land wegen der herrschenden Unsicherheit verlassen. Doch aktuell prognostiziere ich eine deutliche Zunahme der Zahl an Ausländern, welche in Polen angestellt sind. Ich gehe davon aus, dass dieser Trend langfristig anhalten wird, gezählt sogar in Dekaden. Hier muss man auf 2 Faktoren hinweisen. Permanent setzt uns die Demografie zu. Darüber hinaus wächst unsere Wirtschaft“, kommentiert Grzegorz Kuliś, Arbeitsmarktexperte im Business Centre Club.

Nach dem schweren pandemischen Jahr 2020, verzeichneten viele polnische Branchen wieder ein Wachstum. Daraus folgte hingegen ein Bedarf an Arbeitskräften.

Wer arbeitet in Polen?

Fast 54,3 Tsd., also mehr als 65% der Arbeitserlaubnisse gingen heuer an Ukrainer. Laut Kuliś assimilieren sich die Bewohner der Ukraine sehr schnell in Polen, bereits nach 3 Monaten können sie ziemlich gut auf der polnischen Sprache kommunizieren. „So eine große Anzahl an einreisenden Ukrainern ist nicht nur eine Sache der Nachbarschaft. Sie

wählen unser Land seit Langem, weil die Ukraine eine wirtschaftliche Krise durchlebte. Die Arbeit bei uns war für sie ein Riesensprung hinsichtlich des Einkommens“, erklärt Jeremi Mordasewicz von der Polnischen Konföderation privater Arbeitgeber Lewiatan.

Den zweiten Rang belegen die Weißrussen (5,9 Tsd.). Weiter platzierten sich Usbeken (2,7 Tsd.), Inder (2,1 Tsd.) und Philippiner (2,1 Tsd.).

Die meisten Ausländer arbeiten in der Woiwodschaft Masowien, da diese das größte wirtschaftliche Potenzial hat. Aber auch in den Woiwodschaften Lodz, Großpolen, Schlesien und Kujawien-Pommern werden viele Arbeitserlaubnisse erteilt.

Quelle: [Polen-Journal](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Polen: Das Collegium Intermarium wird gegründet

30. 09. 2021



Foto: [collegiumintermarium.org](#)

Welches wird das erste akademische Jahr der vom Ordo Iuris gegründeten Universität sein?

Das akademische Jahr am Collegium Intermarium, einer vom Institut Ordo Iuris gegründeten Universität, beginnt am 1. Oktober. Im Rahmen der Veranstaltung findet eine internationale Konferenz mit dem Titel „Collegium Intermarium: der Platz der Wahrheit in Zeiten der cancel culture“ statt. Die Universität macht keinen Hehl daraus, dass sie die Freiheit der akademischen Debatte wiederherstellen möchte.

Wie das Ordo Iuris Institut betont, soll die Konferenz Antworten auf Fragen zu den Herausforderungen geben, vor denen die akademische Welt in Zeiten ideologischer Angriffe

auf die Freiheit der wissenschaftlichen Debatte steht. Auch in Polen gab es in den letzten Jahren Aktionen, die die akademische Freiheit angriffen. Ein Beispiel ist der Fall der Professorin Ewa Budzyńska, die von der Disziplinarkommission der Universität Schlesien wegen ihrer Vorlesungen über die Familie gerügt wurde. Deshalb wurde das Collegium Intermarium mit dem Ziel gegründet, eine Plattform für die Zusammenarbeit zwischen Akademikern (vor allem aus Mitteleuropa) zu schaffen, um einen freien wissenschaftlichen Meinungs austausch zu ermöglichen und eine fundierte Debatte zu führen.

Zaproszenie Rektora na konferencję "Collegium Intermarium: miejsce prawdy w czasach cancel culture"

296 Aufrufe
06.09.2021

[Collegium Intermarium](#)

570 Abonnenten

🕒 Zaproszenie Rektora CI na konferencję "Collegium Intermarium: miejsce prawdy w czasach cancel culture"

<https://www.youtube.com/watch?v=UkKSnZ4LOog>

Eine Konferenz zur Eröffnung des akademischen Jahres wird sich mit der Frage der systematischen Ausgrenzung bestimmter Einstellungen aus dem universitären Raum befassen. An der Veranstaltung wird unter anderem Sohrab Ahmari, Schriftsteller, Bestsellerautor und Meinungsredakteur der New York Post, teilnehmen. An der Veranstaltung wird auch Professor Adrian Vermuele teilnehmen, der an der Harvard University Rechtswissenschaften lehrt und die Lehre vom „Gemeinwohl-Konstitutionalismus“ begründet hat. Unter den Rednern ist auch Fürstin Prof. Ingrid Detter de Frankopan – Leiterin der juristischen Abteilung des Collegium Intermarium, die jahrelang Papst Johannes Paul II. beraten hat. Weitere Teilnehmer der Konferenz sind unter anderem Dr. Gladden Pappin von der Universität Dallas, der ehemalige Sejm-Sprecher Dr. Józef Zych, Prof. Anna Łabno und der Rektor des CI – Dr. Tymoteusz Zych.

Die Referenten der Veranstaltung sind ebenfalls Vertreter von Behörden. An der Konferenz werden Piotr Mazurek – Staatssekretär in der Kanzlei des Premierministers und Regierungsbevollmächtigter für Jugendpolitik, Paweł Jabłoński – Unterstaatssekretär im Außenministerium und Dr. Stjepo Bartulica – Abgeordneter aus Kroatien – teilnehmen.

Außerdem wird Marion Maréchal, ehemalige Abgeordnete der französischen Nationalversammlung, Enkelin des Gründers des Front National Jean-Marie Le Pen und Nichte der Abgeordneten Marine Le Pen, an der Veranstaltung teilnehmen. Sie ist auch die Gründerin des Instituts für Sozial-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften (ISSEP) in Lyon. Am Tag vor der Eröffnung des akademischen Jahres werden das Collegium Intermarium und das ISSEP eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnen.

Quelle: [Ordo Iuris / Collegium Intermarium](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Polen fordert Migranten per SMS zur Umkehr auf: „Geht zurück nach Minsk!“

30. 09. 2021



Einmal mehr beweisen Polen und Litauen , dass sie sich nicht von sogenannten „Flüchtlingen“ an der Nase herumführen lassen. Dazu schreibt *epochtimes*:

Polen hat nach eigenen Angaben Migranten an der Grenze zu Belarus per SMS zur Umkehr aufgefordert. Wie das Innenministerium mitteilte, versandte es allein am Dienstag fast 31.000 Kurznachrichten an ausländische Telefonnummern im Grenzgebiet. In der englischen Mitteilung stand: „Die polnische Grenze ist dicht. Die BLR (belarussischen) Behörden haben euch Lügen erzählt. Geht zurück nach Minsk!“

Die Nachrichten enthielten zudem einen Link zu einer Website, die Migranten in fünf Sprachen davor warnte, dass illegale Grenzübertritte im Gefängnis enden könnten. Es hieß zudem, die sich verschlechternden Wetterbedingungen könnten für „Leben und Gesundheit“ gefährlich sein. „Jeder Versuch, sich zu verstecken und im Freien zu schlafen, kann tragisch enden“, warnten die Behörden, nachdem bereits sechs Migranten an der EU-Grenze zu Belarus ums Leben gekommen sind.

Polen hat in den vergangenen Wochen tausende Soldaten an der Grenze stationiert, einen Stacheldrahtzaun errichtet und einen Ausnahmezustand verhängt, der Journalisten und Hilfsorganisationen den Zugang zur gesamten 400 Kilometer langen Grenze verbietet. Das Innenministerium empfahl am Montag, den Ausnahmezustand um 60 Tage zu verlängern, da viele der Migranten, die die Grenze überschreiten, Verbindungen zu „radikalen oder kriminellen Gruppen“ hätten.

Menschenrechtsorganisationen haben wiederum vor einer „humanitären Krise an der Grenze“ gewarnt, falls die dort feststeckenden Migranten keinen Zugang zu Nahrung, Unterkunft und medizinischer Versorgung bekommen.

Seit Anfang August sind Regierungsangaben zufolge 8200 Migranten an der Einreise nach Polen gehindert worden und 1200 nach der Grenzüberquerung in Gewahrsam genommen worden. Polnische Grenzschützer erklärten zudem, sie hätten am Dienstag 473 Überquerungsversuche vereitelt – ein Rekord für einen einzigen Tag.

Polen sowie Litauen und Lettland beklagen seit einigen Monaten die vermehrte Ankunft von Migranten vor allem aus dem Nahen Osten an ihren Grenzen zu Belarus. Die EU geht von einer Vergeltungsaktion des belarussischen Machthabers Alexander Lukaschenko für Brüsseler Sanktionsbeschlüsse aus. Es wird vermutet, dass die belarussischen Behörden die Migranten gezielt ins Land holen und an die Grenzen zu den östlichen EU-Staaten schleusen.

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson will wegen der Flüchtlingskrise am Donnerstag nach Warschau reisen, um mit dem polnischen Innenminister Mariusz Kaminski über eine geplante Verschärfung des Asylrechts zu sprechen. Laut dem geplanten Gesetz müssten die Behörden die Asylanträge von Migranten nicht prüfen, wenn diese „unmittelbar nach dem illegalen Überschreiten der EU-Außengrenze festgenommen“ wurden. Die Kommission habe dazu „mehrere Fragezeichen“, sagte Johansson am Mittwoch.

Dieser Artikel erschien zuvor auf [epochtimes.de](https://www.epochtimes.de).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER